



Um einer Anklage wegen Steuerhinterziehung zu entgehen zahlt
McDonald's 1.25 Milliarden Euro

Der Fast-Food-Konzern wird verdächtigt, seine in Frankreich zu versteuernden Gewinne für die Jahre von 2009 bis 2020 künstlich gemindert zu haben.

Der US-Riese McDonald's erklärte sich am Donnerstag, 16. Juni, bereit, 1,25 Milliarden Euro in Frankreich zu zahlen, um dort einer Strafverfolgung wegen Steuerhinterziehung zu entgehen. „Diese Vereinbarung beendet einen Steuerstreit und eine gerichtliche Untersuchung ohne Schuldanerkennung“, schrieb die französische Niederlassung des Unternehmens und fügte hinzu, dass sie mit der Verwaltung an ihrem Steuerschema arbeite.

Der Fastfood-Konzern ist seit 2014 im Visier der Steuerbehörden. Er wird verdächtigt, seine Gewinne in Frankreich ab 2009 durch Lizenzgebühren für die Nutzung der Marke McDonald's, die an seine europäische Muttergesellschaft mit Sitz in Luxemburg gezahlt wurden, künstlich gemindert zu haben.

Der Präsident des Pariser Gerichts bestätigte am Donnerstag eine Vereinbarung, die die Zahlung einer Geldstrafe im öffentlichen Interesse in Höhe von 508 Millionen Euro vorsieht. McDonald's hatte im Mai auch der Zahlung von 737 Millionen Euro an die Verwaltung zugestimmt, um seine Körperschaftssteuer zu begleichen, die durch das Steuervermeidungsschema umgangen wurde.

Durch die Zustimmung zur Unterzeichnung dieses Gerichtsvertrages von öffentlichem Interesse (Cjip), der mit dem Parquet National Financier (PNF) geschlossen wurde und der bislang der größte je in Frankreich in Sachen Steuerhinterziehung geschlossene Vergleich ist, vermeidet der McDonald's-Konzern einen Prozess und schließt seinen Rechtsstreit sowohl mit der Steuerbehörde als auch mit der Staatsanwaltschaft ab.